

II- 8838 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4309 N

1993 -U2- 24

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Schwimmer  
und Kollegen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Wahrung österreichischer Verkehrsinteressen im  
Zusammenhang mit der Veräußerung der DDSG-Cargo

Sie haben im August 1992 der Bundesregierung ein Memorandum "über den verkehrspolitischen Stellenwert der österreichischen Binnenschifffahrt und Maßnahmen zur Förderung des Güterverkehrs auf der Donau" zur Kenntnis gebracht. In Ihrem Vortrag an den Ministerrat verweisen Sie darauf, daß in Anbetracht der politischen Öffnung des Ostens und der wirtschaftlichen Umstellung auf Marktwirtschaft sowie der Vollendung des EG-Binnenmarktes in Europa mit einer gravierenden Zunahme des grenzüberschreitenden Verkehrs zu rechnen ist. Daraus und aus der Anbindung der Donau an das westeuropäische Wasserstraßennetz und aufgrund der Vorzüge der Binnenschifffahrt im Umweltbereich ergeben sich für diesen Verkehrsträger neue Aufgaben. Sie stellen im Ministerratsvortrag ausdrücklich fest, daß einzelwirtschaftlich betrachtet die Binnenschifffahrt im ungebrochenen Verkehr der weitaus kostengünstigste Verkehrsträger ist und selbst im gebrochenen Verkehr (Binnenschiff- Umschlag- Landverkehrsträger) sind im Einzugsbereich von Wasserstraßen die Gesamtfrachtraten niedriger als ein Haus- Haus-Verkehr durch Landverkehrsträger. Um diese von Ihnen ausdrücklich festgestellten Vorteile der Wasserstraße in Zukunft besser nutzen zu können, ist es laut Ihrem Ministerratsvortrag daher insbesondere notwendig, den gegenwärtig laufenden Umstrukturierungen der DDSG-Cargo ein besonderes Augenmerk zu widmen. Sie stellen dazu ausdrücklich fest: "Der neue Eigentümer muß die Gewähr dafür bieten, daß die Güterflotte einsatzfähig für den österreich-relevanten Einzugsbereich tätig bleibt, weil schifffahrtspolitische Leitlinien ohne österreichische Präsenz auf der Wasserstraße

- 2 -

letztendlich kaum zu realisieren sind." Diese Überlegungen werden im Memorandum über den verkehrspolitischen Stellenwert der österreichischen Binnenschifffahrt und Maßnahmen zur Förderung des Güterverkehrs auf der Donau noch näher ausgeführt. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Zwischen der DDSG-Holding und einem Konsortium unter Führung der deutschen STINNES-Gruppe wurde ein Vorvertrag über die Übernahme der DDSG-Cargo unterzeichnet. Nach derzeitigem Stand werden dabei von den Übernehmern hinsichtlich des Fortbestandes der DDSG-Frachtschifffahrt mit dem Standort Wien keinerlei Garantien abgegeben. Sehen Sie durch einen derartigen Vertrag die in Ihrem Ministerratsvortrag genannten Bedingungen für die Wahrung österreichischer verkehrspolitischer Interessen auf der Donau gesichert?
2. Wenn ja, aus welchen Gründen?
3. Bestehen nach Ihrer Kenntnis konkrete Vereinbarungen oder Absprachen mit den potentiellen Übernehmern der DDSG-Cargo hinsichtlich der Lösung österreichischer Verkehrsprobleme im Güterverkehr durch verstärkte Nutzung der Wasserstraße, wie sie es in Ihrem Ministerratsvortrag vorgeschlagen haben?
4. Wenn ja, um welche Vereinbarungen oder Abmachungen handelt es sich dabei?
5. Wenn nein, werden Sie darauf dringen, daß vor einer endgültigen Vertragsunterzeichnung entsprechende verkehrspolitische Rahmenbedingungen im Sinne Ihres Ministerratsvortrages mit dem Übernahmewerber vereinbart werden?

- 3 -

6. Wenn nein, warum nicht?
7. Werden Sie darauf drängen, daß für den Fall der Nichteinhaltung vereinbarter Bedingungen durch den Übernehmer ein Heimfallsrecht der DDSG-Frachtschiffahrt an den Bund vertraglich abgesichert wird?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Werden Sie wenigstens darauf drängen, daß neben der ÖIAG auch der Republik Österreich eine Option für den Minderheitsanteil von 25,1 % und damit der Sperrminorität eingeräumt wird und noch vor einem allfälligen Vertragsabschluß entsprechende Mitbestimmungsrechte für die Sperrminorität im Gesellschaftsvertrag verankert werden?
10. Sie haben in Ihrem Ministerratsvortrag vom 18. August 1992 ausdrücklich betont, daß den gegenwärtig laufenden Umstrukturierungen in der DDSG-Cargo besonderes Augenmerk zu widmen ist. Inwieweit waren Sie bzw. das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr im Sinne der verkehrspolitischen Notwendigkeiten in die Vertragsverhandlungen miteingebunden?
11. Werden Sie auf den Bundesminister für Finanzen als Eigentümerversreter dahingehend einwirken, daß ein endgültiger Vertragsabschluß nur unter der Bedingung zustande kommt, daß die aus Ihrer Sicht notwendigen verkehrspolitischen Zusicherungen für den Frachtverkehr auf der Donau mit dem Übernahmewerber vertraglich abgesichert werden können?
12. Wenn ja, welche konkreten Bedingungen müssen aus Ihrer Sicht erfüllt sein?
13. Wenn nein, warum nicht?